

A19 Zeitenwende endlich auch finanzpolitisch umsetzen: Schuldenbremse reformieren, Investitionen vorantreiben

Antragsteller*in: Bruno Hönel (KV Lübeck)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Teil I

2 Der Landesparteitag stellt fest:

3 Deutschland ist die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt und die größte
4 Volkswirtschaft in Europa. Im Vergleich mit anderen Industriestaaten hat
5 Deutschland mit aktuell ca. 64% eine niedrige Schuldenquote. Innerhalb der G7-
6 Staaten gibt es außer Deutschland kein Land mit einer Schuldenquote von unter
7 100%, Japan liegt gar bei ca. 260%, der europäische Durchschnitt bei der
8 Schuldenstandsquote liegt bei 83%. Im nationalen historischen Vergleich hatte
9 Deutschland im Jahr 2010 infolge der Finanzkrise eine Schuldenquote von über 80%
10 und damit eine deutlich höhere Schuldenquote als heute. Dieser Trend einer seit
11 2010 sinkenden Schuldenquote setzt sich aktuell fort und wird unter
12 konservativen Annahmen von 1% realem Wachstum und 2% Inflation pro Jahr
13 voraussichtlich bis 2040 auf 40% sinken, trotz der kurzen Unterbrechung durch
14 die fiskalische Expansion im Zuge der Corona Pandemie. Auch die Zinskosten für
15 10-jährige Bundesanleihen haben sich nach einem Anstieg seit Beginn des Jahres
16 2022 wieder abgesenkt und liegen aktuell bei knapp über 2%. In den Jahren vor
17 2022 waren die Zinsen gar negativ, Deutschland hat also Geld dafür bekommen,
18 sich Geld zu leihen. Im Vergleich mit anderen Industriestaaten kann Deutschland
19 sehr günstig Kredite aufnehmen. So liegen beispielsweise die Zinskosten für die
20 USA aktuell bei ca. 4%.

21 Trotz der vergleichsweise sehr soliden Staatsfinanzen und der nicht in Zweifel
22 gezogenen Tragfähigkeit deutscher Schulden gibt es massive Investitionsbedarfe
23 in die Infrastruktur, das Bildungssystem, die Digitalisierung und die
24 Transformation der deutschen Wirtschaft auf dem Weg zur Klimaneutralität. In den
25 2010er-Jahren wurden die Investitionen in die deutsche Infrastruktur
26 vernachlässigt. Allein um den staatlichen Investitionsstau aufzuholen, müssten
27 nach einer Schätzung aus 2019 ca. 460 Mrd. € zusätzlich über einen Zeitraum von
28 10 Jahren investiert werden. Die KfW schätzte im Jahr 2022 die Bedarfe an
29 gesamtwirtschaftlichen Klimaschutzinvestitionen (öffentlicher und privater
30 Sektor) auf eine Höhe von insgesamt rund 5 Billionen EUR bis Mitte des
31 Jahrhunderts. Dies sind knapp 200 Mrd. EUR jährlich an gesamtwirtschaftlichen
32 Klimaschutzinvestitionen. Da der Anteil an staatlichen Investitionen ca. 10
33 Prozent beträgt, werden allein die öffentlichen Investitionsbedarfe zur
34 Erreichung der Klimaneutralität in Deutschland bis 2045 auf knapp 500 Mrd. EUR
35 geschätzt. Öffentliche Investitionen hebeln private Investitionen und geben
36 Planungssicherheit. Durch die Transformation hin zur Klimaneutralität werden die
37 Investitionsbedarfe - zusätzlich zu denen, die bereits heute durch fehlende
38 Investitionen in der Vergangenheit bestehen - also noch einmal deutlich erhöht.

39 Die Folgen von ausbleibenden Investitionen spüren wir bereits heute. Als
40 Beispiel für eine marode Infrastruktur gelten neben der Deutschen Bahn und ihrem
41 kaputt gesparten Schienennetz auch die maroden Autobahnbrücken. Auch bei der

42 Digitalisierung hinken wir hinterher. Der Anteil von Glasfaseranschlüssen in
43 Deutschland liegt bei 10% und damit weit unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten
44 von 41%. Außerdem gibt es weiterhin Teile Deutschlands, die über keinen oder nur
45 unzureichenden Mobilfunkempfang verfügen. Ähnlich verhält es sich bei den Themen
46 innere und äußere Sicherheit. Die Bundeswehr ist mit ihrer aktuellen Ausstattung
47 nur eingeschränkt einsatzbereit. Investitionen in Cybersicherheit, Polizei- und
48 Zollbehörden sowie die Infrastruktur der Zukunft wie Netzausbau und
49 Wasserstoffwirtschaft wurden systematisch vernachlässigt. Die letzten PISA-
50 Ergebnisse und weitere Erhebungen zur Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems
51 haben uns zudem ein schlechtes Zeugnis ausgestellt und besorgniserregende Trends
52 offenbart. Diese Liste ließe sich weiter fortführen.

53 Wenn wir wichtige Zukunftsinvestitionen weiterhin hinauszögern, stehen die
54 Resilienz unserer Gesellschaft und die internationale Wettbewerbsfähigkeit
55 unserer Volkswirtschaft auf dem Spiel. Andere Länder investieren enorm in
56 Zukunftstechnologien, die den Wohlstand von morgen sichern. Während die
57 Vereinigten Staaten mit dem Inflation Reduction Act ein 369 Milliarden Dollar
58 schweres Innovationspaket geschnürt haben, wirkt die deutsche Schuldenbremse als
59 Wachstums- und Investitionsbremse mit nachhaltig negativen Auswirkungen für
60 unsere Wettbewerbsfähigkeit. Im internationalen Wettbewerb können wir es uns
61 nicht leisten, uns in der Krise prozyklisch kaputt zu sparen.

62 Der Staat gibt viel Geld für Subventionen aus, die seinen Zielen entgegenstehen.
63 Allein die Höhe an klimaschädlichen Subventionen liegt im mittleren bis hohen
64 zweistelligen Milliardenbereich pro Jahr. Diese Subventionen fördern weiterhin
65 klimaschädliches Verhalten. Sie bewirken zudem, dass der CO₂-Preis nicht seine
66 volle Wirkung entfalten kann. Es gibt aber auch weitere Fehlanreize, die ein
67 Umsteuern in der Steuerpolitik nötig machen. So werden Löhne und Gehälter mit
68 Einkommensteuer und Sozialabgaben deutlich stärker belastet als leistungsloses
69 Einkommen aus Kapitalerträgen, auf das nur 25% Steuer erhoben werden. Auch im
70 Vergleich mit anderen reichen Ländern ist die Belastung von Arbeit sehr hoch. Um
71 für Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite Anreize zu setzen, muss dieses
72 Missverhältnis verringert werden, auch in Hinblick auf den Fachkräftemangel. Da
73 die Erbschaftsteuer direkt in die Haushalte der Länder fließt, kommt ihr zudem
74 bei der Finanzierung von Investitionen auf Landesebene eine hohe Bedeutung zu.

75 Länder und Kommunen sehen sich mit den beschriebenen Herausforderungen in
76 besonderem Maße konfrontiert. Einerseits besteht eine noch größere finanzielle
77 Einschränkung im Vergleich zum Bund, da praktisch keine Spielräume zur
78 Verbesserung der Einnahmen bestehen und die Schuldenbremse den Ländern keine
79 Nettokreditaufnahme über konjunkturellen Schwankungen hinaus ermöglicht.
80 Andererseits besteht auf der Landesebene (z.B. bei der (frühkindlichen) Bildung,
81 bei Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, dem Schienenverkehr,
82 Investitionen im Gesundheitswesen und der Transformation der Wirtschaft) und der
83 kommunalen Ebene (z.B. Zuwanderung, Infrastruktur) besonders großer
84 Finanzierungsbedarf. Es sind auch die Ebenen, auf denen die Menschen die
85 fehlenden Investitionen der Vergangenheit besonders spüren. Es ist eben
86 unmittelbar erfahrbar, wenn der ÖPNV nicht fährt oder die Schulklos nicht
87 funktionieren.

88 Notlagen, die ein Aussetzen der Schuldenbremse ermöglichen, enden leider nie am
89 31.12. des Jahres, in dem sie begannen. Krisen kennen kein Kalenderjahr. Dies

90 nicht im Regelwerk zu berücksichtigen, kann zu über Nacht wegbrechenden
91 Unterstützungsmaßnahmen führen.

92 Problematisch ist auch die Konjunkturbereinigung in ihrer aktuellen Form, da
93 sich die Potenzialschätzung nach der aktuellen Methodik bei großen Schocks an
94 den tatsächlichen BIP Verlauf anpasst und so die Spielräume für Kreditaufnahme
95 sinken.

96 Wir haben in Deutschland also nicht nur einen großen Investitionsstau angehäuft,
97 sondern auch enorme zusätzliche Investitionsbedarfe im Umfang von hohen
98 zweistelligen Milliardenbeträgen pro Jahr bis zur Mitte des Jahrhunderts.
99 Gleichzeitig haben wir eine extrem vorteilhafte Position am Kapitalmarkt, um
100 auch kreditfinanzierte Investitionen zu tätigen, die nicht nur hohe Renditen
101 erwarten lassen, sondern auch unsere Zukunftsfähigkeit sichern. Unsere aktuellen
102 Fiskalregeln lassen es nicht zu, sinnvolle Verschuldungsmöglichkeiten besser für
103 Investitionen zu nutzen. Auch die Länder und Kommunen, denen eine besondere
104 Rolle zukommt, können nur sehr eingeschränkt handeln. Auf Kosten einer übermäßig
105 zurückgeführten finanziellen Schuldenquote drohen massive Infrastruktur- und
106 Klimaschulden für kommende Generationen.

107
108 Um die Europäische Union bis spätestens 2050 klimaneutral, unsere Wirtschaft
109 global wettbewerbsfähig und unsere Infrastruktur moderner zu machen, müssen wir
110 europaweit in den nächsten Jahren mehrere hundert milliarden Euro investieren.
111 Gute öffentliche Infrastruktur, wie bspw. ins Schienen- oder Stromnetz, ist die
112 Grundlage für ein klimaneutrales Europa. Ohne verstärkte öffentliche
113 Investitionen, werden private Investitionen nicht folgen.

114 Daher setzt sich der Landesverband Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein
115 dafür ein, die notwendige Zeitenwende nun auch finanzpolitisch zu vollziehen.
116 Hierzu muss die Schuldenbremse zügig reformiert werden, um eine
117 Investitionsoffensive in die relevanten Zukunftsbereiche ermöglichen zu können.
118 Darüber hinaus müssen auch steuerliche Fehlanreize beseitigt und für mehr
119 Steuergerechtigkeit gesorgt werden.

120 Teil II

121 Der Landesparteitag beschließt,

122 Kreditfinanzierte Investitionen: Update der Schuldenbremse für eine zukunfts-
123 und generationengerechte Finanzpolitik

124 Zur Finanzierung der nötigen Zukunftsinvestitionen liegen zahlreiche Vorschläge
125 für eine Reform der Schuldenbremse aus der Breite der Gesellschaft auf dem
126 Tisch. Der Sachverständigenrat hat eine einstimmige Empfehlung vorgelegt und
127 selbst die CDU-Ministerpräsidenten zeigen sich offen für eine Reform der
128 aktuellen Schuldenregeln. Die Vorschläge reichen dabei von einer goldenen Regel
129 für Investitionen über eine Reform der Konjunkturkomponente bis zur Einführung
130 von Übergangsfristen nach Notsituationen.

131 Wir wollen eine ergebnisoffene Diskussion der Vorschläge, um einerseits
132 Deutschlands fiskalische Solidität zu gewährleisten und andererseits den Abbau
133 der Infrastruktur- und Klimaschulden zu ermöglichen. Nur ein Ausbalancieren
134 dieser Ziele ist auf Dauer generationengerecht. Aktuell liegt die Priorität
135 einseitig auf der fiskalischen Solidität, was eine unnötig starke und schnelle

136 Rückführung des Schuldenstandes auf Kosten von (Zukunfts-) Investitionen zur
137 Folge hat.

138 Wir werden uns daher im Bundestag und im Bundesrat dafür einsetzen, die
139 Schuldenbremse zügig zu reformieren und für die notwendigen
140 Zukunftsinvestitionen zu öffnen.

141 Für einen Deutschland-Investitionsfonds

142 Wir erneuern auch die Forderung nach einem Deutschland-Investitionsfonds für
143 Bund, Länder und Kommunen. Wir wollen gemeinsam mit dem Bund und den Kommunen an
144 einem Strang ziehen und in Deutschland auch kreditfinanzierte Investitionen
145 mobilisieren, die langfristig abgesichert werden. Dies schafft
146 Planungssicherheit für die Transformationsprozesse, die durch den russischen
147 Angriffskrieg und die Klimakrise nötig sind. Für den Zusammenhalt und die
148 Akzeptanz in der Gesellschaft ist es wichtig, dass Schulen und Krankenhäuser
149 modern, Züge pünktlich und Wohnungen erschwinglich sind.

150 Finanzielle Spielräume auf Landesebene erweitern

151 Um Schleswig-Holstein kurzfristig zusätzliche Spielräume für Investitionen zu
152 ermöglichen, wollen wir den ursprünglich vorgesehenen Spielraum für die
153 strukturelle Neuverschuldung der Länder in der Schuldenbremse einführen und
154 Übergangsfristen nach Notsituationen schaffen. Es handelt sich dabei um eine
155 Anpassung der Schuldenregeln für Bund und Länder, die der politischen Realität
156 von Krisen Rechnung tragen würde. Außerdem wollen wir die Möglichkeit
157 zusätzlicher Investitionen durch Gründung landeseigener
158 Infrastrukturgesellschaften nutzen.

159 Aktuell erlaubt die Schuldenbremse den Ländern keine strukturelle
160 Neuverschuldung. Wir wollen die eigentlich vorgesehene - aber im Zuge der
161 Verhandlungen über die Ausgestaltung der Schuldenbremse im Jahr 2009
162 ausgeschlagene - strukturelle Neuverschuldung von bis zu 0,15% des BIP für die
163 Länder einführen. Ohne diese Verschuldungsmöglichkeit wird den Ländern die
164 Möglichkeit genommen, wichtige Investitionen zu tätigen. Zudem wird der
165 Spielraum für politische Entscheidungen, deren gesellschaftliche Renditen weit
166 über den zu zahlenden Zinskosten liegen, extrem eingeengt. Die Tragfähigkeit der
167 Landesfinanzen wird bei einer strukturellen Neuverschuldung dieser Größenordnung
168 in keiner Weise beeinträchtigt. Die grüne Landtagsfraktion als
169 regierungstragende Fraktion und die grünen Kabinettsmitglieder werden sich im
170 Parlament wie in der schleswig-holsteinischen Landesregierung dafür einzusetzen,
171 dass die schwarz-grüne Koalition eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den
172 Weg zu bringt.

173 Darüber hinaus wollen wir Übergangsregeln nach krisenbedingten Notsituationen
174 einführen. Eine Notsituation endet nicht am 31.12. eines Jahres, sondern läuft
175 mit der Zeit aus und beeinträchtigt auch die Folgejahre. Demzufolge braucht es
176 die Möglichkeit, im Anschluss an eine krisenbedingte Notlage auch in den
177 Folgejahren noch Notkredite aufzunehmen, deren Höhe schrittweise reduziert wird.
178 Damit wäre es möglich, ohne erneut eine Notlage erklären zu müssen Krisenfolgen
179 effektiv weiter zu bekämpfen und zu einer Rückkehr zur Normalität ohne harte
180 Landung zu kommen.

181 Solange die Schuldenbremse noch nicht reformiert ist, ist es richtig, die
182 vorhandenen Verschuldungsmöglichkeiten aktiv zu nutzen. Das Land befindet sich

183 aufgrund der multiplen Krisen und der Maßnahmen zu Bekämpfung nach wie vor in
184 einer finanziellen Notlage befindet. Daher ist es konsequent, dass der Landtag
185 beschlossen hat, auch 2024 mit Notkrediten zu arbeiten. Unser Ziel ist es, das
186 Land weiterhin gut durch die Krisenjahre zu führen und finanzielle Zusagen die –
187 aus Notkrediten finanziert - an die Kommunen gemacht wurden, einzuhalten. Mit
188 den Maßnahmen werden u.a. Krankenhäuser gestärkt, der Ausbau der
189 Schulinfrastruktur und der Ganztagsbetreuung vorangebracht, der ÖPNV unterstützt
190 und die Wärmewende in den Kommunen vorangetrieben. Dass die SPD diese
191 ursprünglich gemeinsam beschlossenen. Maßnahmen nicht mehr mitträgt und
192 gemeinsam mit der FDP eine Klage gegen den Notkredit 2024 prüft, ist ein nicht
193 nachvollziehbarer Kurswechsel der Sozialdemokraten und wird der derzeitigen
194 Verantwortung in Zeiten multipler Krisen nicht gerecht.

195 Investitionen ankurbeln - Gründung landeseigener Infrastrukturgesellschaften

196 Ein weiterer Hebel für zusätzliche Investitions- und Verschuldungsspielräume der
197 Länder sind Infrastrukturgesellschaften im Landesbesitz. Ähnlich wie Defizite
198 der Sozialversicherungen nicht dem Bund und Defizite der Kommunen nicht den
199 Ländern zugerechnet werden, werden Defizite selbstständiger (privat- oder
200 öffentlich-rechtlicher) Einheiten nach Art. 109 Abs. 3 GG nicht der Verschuldung
201 des Landes (oder des Bundes) zugerechnet, wenn sie über eigene Sachaufgaben
202 verfügen. Für die tatsächliche Ausgestaltung einer Infrastrukturgesellschaft
203 sind rechtliche, finanzpolitische und organisatorische Fragen zu klären. Wir
204 wollen daher, dass die Landesregierung ein Konzept entwickelt für zusätzliche
205 Finanzspielräume durch die Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur und anderer
206 Investitionen in landeseigenen Infrastrukturgesellschaften.

207 Investitionsspielräume der Kommunen erhöhen

208 Ein großer Teil der Investitionen für Klimaschutz, Verkehr, Bildung und
209 Kinderbetreuung werden auf kommunaler Ebene entschieden und dort (mit-
210)finanziert. Für die Kommunen gibt es bisher keine Schuldenbremse. Allerdings
211 müssen kommunale Investitionskredite von der Kommunalaufsicht nach
212 finanzpolitischen Regeln über deren dauerhafte Leistungsfähigkeit genehmigt
213 werden. Diese Regeln sind in Schleswig-Holstein so gestaltet, dass sie die
214 finanziellen Spielräume der Kommunen einschränken. Wir wollen daher die
215 Gemeindehaushaltsverordnung und den erläuternden Erlass überarbeiten mit dem
216 Ziel einer Anpassung der Genehmigungsfähigkeit von kommunalen
217 Investitionskrediten an das, was für eine langfristig finanzierbare
218 Haushaltspolitik auch tatsächlich notwendig ist.

219 Für eine gerechtere Steuerpolitik: Große Vermögen konsequent besteuern,
220 Einkommen entlasten

221 Die Steuerpolitik ist Fundament staatlicher Investitionen. Um diese zu
222 ermöglichen, wollen wir große Vermögen besser besteuern, Lücken in der
223 Besteuerungspraxis schließen und Finanzkriminalität stärker bekämpfen.
224 Gleichzeitig wollen wir kleine und mittlere Einkommen entlasten.

225 Die Vermögensungleichheit ist in Deutschland besonders hoch. Während die ärmere
226 Hälfte der BürgerInnen praktisch kein Vermögen hat, besitzen die reichsten 10%
227 mehr als doppelt so viel wie die restlichen 90%. Damit liegt Deutschland im
228 internationalen Vergleich in der Spitzengruppe.

229 Im Steuersystem spielen vermögensbezogene Steuern jedoch kaum eine Rolle: Die
230 Erbschafts- und Schenkungssteuer macht ca. 1% des Steueraufkommens aus, eine
231 Vermögenssteuer gibt es nicht. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass Arbeit einen
232 besonders hohen Anteil an der Steuerlast tragen muss. Auch hier ist Deutschland
233 im internationalen Vergleich in der Spitzengruppe. Dabei mindert eine starke
234 Belastung von Arbeit die Produktivität einer Volkswirtschaft, da viele
235 ArbeitnehmerInnen weniger arbeiten, als sie eigentlich wollen.

236 Hier wollen wir gegensteuern: Vermögensbezogene Steuern sollen in Zukunft eine
237 größere Rolle spielen; Arbeit wollen wir entlasten. Hier hat die Vermögens- und
238 Erbschaftssteuer eine besondere Relevanz. Dieser wird sie in ihrer aktuellen
239 Form allerdings nicht gerecht, Reformen sind daher dringend notwendig. Da die
240 Einnahmen aus der Schenkungs- und Erbschaftssteuer den Ländern zukommen, stärkt
241 eine Reform insbesondere die Spielräume der Länder.

242 Die Erbschaftssteuer fairer gestalten

243 Die Erbschafts- und Schenkungssteuer besteuert die Weitergabe von besonders
244 großen Vermögen. Mit hohen Freibeträgen wird sichergestellt, dass
245 durchschnittliche Erbschaften steuerfrei bleiben. Auch selbstgenutztes
246 Wohneigentum kann weitestgehend steuerfrei verschenkt oder vererbt werden.
247 Dieses Prinzip wollen wir beibehalten.

248 Die Erbschaftssteuer ist jedoch ein Flickenteppich an Ausnahmen, die ungerecht
249 sind und zu Mindereinnahmen führen. Ein Beispiel dafür ist die
250 Verschonungsbedarfsprüfung bei der Vererbung von Unternehmensanteilen, die es
251 den Empfängern ermöglicht, ihre Steuerlast zu reduzieren. Dies führt zu dem
252 widersinnigen Effekt, dass der Steuersatz auf die größten Erbschaften niedriger
253 ist als auf durchschnittliche Erbschaften.

254 Wir setzen uns für eine konsequente Vereinfachung der Schenkungs- und
255 Erbschaftssteuer ein. Ausnahmen und Steuerprivilegien für Multimillionenerben
256 gehören abgeschafft. Um die Weitergabe von Unternehmen nicht zu behindern,
257 sollen weitreichende Stundungsmöglichkeiten geschaffen werden, die die
258 steuerliche Belastung über viele Jahre verteilen können.

259 Kleine und mittlere Einkommen steuerlich entlasten, Spitzensteuersatz erhöhen

260 Wir wollen die große Mehrheit der Erwerbstätigen bei der Einkommensteuer
261 entlasten. Dazu wollen wir den Tarifverlauf so anpassen, dass den Verdienenden
262 kleiner und mittlerer Einkommen mehr Netto vom Brutto bleibt. Diese Entlastung
263 finanzieren wir durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes für die höchsten
264 Einkommen, so wie es auch der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten
265 2022/23 empfohlen hat. Dadurch stärken wir die meisten Haushalte angesichts nach
266 wie vor hoher Preise; gleichzeitig stellen wir sicher, dass Gutverdienende einen
267 angemessenen Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

268

269

270 Die EU finanziell handlungsfähig machen.

271 Auf europäischer Ebene fordern wir eine investitionsfreundliche Reform des
272 Stabilitäts- und Wachstumspakts (EU Schuldenregeln) um allen EU Mitgliedsstaaten
273 die Möglichkeit zu geben stärker in klimagerechte Infrastruktur zu investieren.

274 Mit einem europäischen Investitionsfonds wollen wir über den EU Haushalt
275 Investitionen anschieben. Wir setzen uns für die Besteuerung von exzessiven

276 Übergewinnen von multinationalen Konzernen und von Finanzspekulation ein. Sie
277 sollen als Eigenmittel dem EU Budget zugeführt werden. Die Initiative von den
278 G20 Staaten Brasilien und Frankreich zur einer globalen Mindeststeuer auf extrem
279 hohe Vermögen wird von uns unterstützt.

Begründung

siehe Teil I

Unterstützer*innen

Tim Alexander Reclam (KV Lübeck); Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg); Stefan Bärenz (KV Herzogtum Lauenburg); Axel Flasbarth (KV Lübeck); Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg); Marcus Jurkat (KV Lübeck); Mechthild Rosker (KV Herzogtum Lauenburg); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Lukas Unger (KV Pinneberg); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Ruth Kastner (KV Stormarn); Monika Heinold (KV Kiel); Jasper Balke (KV Lübeck); Sascha Peukert (KV Lübeck); Stephan Wisotzki (KV Lübeck); Annegret Kranz-Kniesel (KV Lübeck); Hansjörg Diers (KV Lübeck); Tobias Preß (KV Lübeck); Marilla Meier (KV Lübeck); Birte Duggen (KV Lübeck); Anke Erdmann (KV Kiel); Patrick Pacula-Glöer (KV Lübeck); Judith Bach (KV Lübeck); Sophia Marie Pott (KV Lübeck); Steffen Regis (KV Kiel); Karl-Martin Hentschel (KV Plön); Conny Clausen (KV Flensburg); Johannes Albig (KV Kiel); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg)